



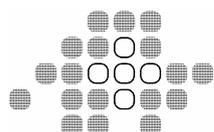
# EFD Medienmitteilung

31. Januar 2006

## **Erfreulicher Rechnungsabschluss 2005 – weitere Gesundung des Bundeshaushalts**

**Die Finanzrechnung des Bundes hat 2005 mit einem Defizit von 0,1 Milliarden abgeschlossen. Ein Jahr zuvor betrug das Defizit noch 1,7 Milliarden. Die Verbesserungen sind insbesondere auf das Entlastungsprogramm 03 zurückzuführen. Auch im Vergleich zum Voranschlag ist das Ergebnis deutlich besser ausgefallen (+1,7 Mrd). Ermöglicht haben diese Verbesserung Mehreinnahmen von gut 0,5 Milliarden und vor allem Minderausgaben von gut 1,1 Milliarden. In diesen Zahlen nicht enthalten sind ausserordentliche Einnahmen von 8,4 Milliarden aus dem Golderlös der Nationalbank (7,0 Milliarden) und aus dem Verkauf von Swisscom-Aktien (1,4 Milliarden). Das Ergebnis spiegelt eine weitere Gesundung des Bundeshaushaltes; gemäss dem in der Schuldenbremse verankerten Abbaupfad muss der Haushalt ab 2007 strukturell ausgeglichen sein.**

Das Defizit der Finanzrechnung betrug im letzten Jahr 0,1 Milliarden. Sowohl im Vergleich zur Rechnung des Vorjahres als auch zum budgetierten Defizit stellt dies eine markante Verbesserung dar. Die Ausgaben wuchsen um 2,2 Prozent, während die Einnahmen – ohne die genannten ausserordentlichen Einnahmen aus dem Golderlös und dem Verkauf von Swisscom-Aktien – um 5,5 Prozent zunahmen.



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Département fédéral des finances DFF  
Dipartimento federale delle finanze DFF  
Departament federal da finanzas DFF

Kommunikation  
Bundesgasse 3, 3003 Bern  
Tel. +41 (0)31 322 60 33  
Fax +41 (0)31 323 38 52  
[www.efd.admin.ch](http://www.efd.admin.ch) [www.dff.admin.ch](http://www.dff.admin.ch)

### Finanzrechnung

(ohne ausserordentliche Ausgaben 2004 und ausserordentliche Einnahmen 2005)

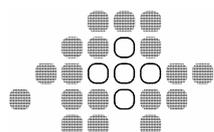
#### Provisorische, nicht revidierte Zahlen

	R 2004	V 2005	<b>R 2005</b>	Differenz zu	
	Millionen Franken			V 2005	R 2004
				Mio Fr	%
Einnahmen	48,6	50,7	<b>51,3</b>	+ 0,6	+ 5,5
Ausgaben	50,3	52,5	<b>51,4</b>	-1,1	+ 2,2
Ergebnis	- 1,7	- 1,8	<b>- 0,1</b>	+ 1,7	

Unter Einschluss des von den eidgenössischen Räten beschlossenen Abbaupfades hätten im letzten Jahr gemäss Schuldenbremse maximal 53,2 Milliarden ausgegeben werden dürfen. Diese Vorgabe wurde um 1,8 Milliarden unterschritten.

#### Entwicklung der Einnahmen

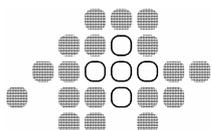
Wie schon im Vorjahr wichen die ordentlichen Einnahmen mit einem Prozent nur unwesentlich von den budgetierten Einnahmen ab. Grösser sind die Abweichungen bei den einzelnen Einnahmen, welche sich im Ergebnis zum allergrössten Teil kompensiert haben. Mit vier Milliarden übertrafen die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer den budgetierten Wert bzw. den zehnjährigen Durchschnittswert um eine Milliarde. Die Mehreinnahmen sind auf höhere Dividendenausschüttungen, Aktienrückkäufe von Unternehmen sowie Ausschüttungen von Anlagefonds zurückzuführen. Aufgrund von erfahrungsgemäss hohen Rückerstattungsquoten werden diese Erträge mit zeitlicher Verzögerung zum allergrössten Teil an die Steuerpflichtigen zurückfliessen. Die grösste Abweichung in die andere Richtung war mit 0,6 Milliarden Mindereinnahmen bei den Stempelabgaben zu verzeichnen. Dank der guten Börsenentwicklung in der zweiten Jahreshälfte fielen die Mindereinnahmen etwas geringer aus als noch Mitte Jahr zu befürchten gewesen war. Keine Abweichungen waren bei der Mehrwertsteuer zu verzeichnen. Trotz deutlich erhöhter Tabaksteuer resultierten bei dieser Steuer keine nennenswerten Mehreinnahmen; die Einnahmen blieben um



rund 100 Millionen hinter den Erwartungen zurück. Bei der direkten Bundessteuer wurde der budgetierte Wert um 0,2 Milliarden verfehlt.

Ausserordentliche Einnahmen dürfen gemäss den Bestimmungen der Schuldenbremse nicht für die Finanzierung von Ausgaben des Bundes herangezogen werden. Sie betrafen im letzten Jahr den Golderlös der Nationalbank von 7 Milliarden und den Verkauf von Swisscom-Aktien im Umfang von 1,4 Milliarden. Die ausserordentlichen Einnahmen von 8,4 Milliarden werden zur Schuldentilgung verwendet. Lehnen Volk und Stände am 24. September 2006 die KOSA-Initiative ab und wird gegen den Gegenvorschlag kein Referendum ergriffen, so werden die Mittel im Umfang von 7 Milliarden, welche dem Bund aus dem Golderlös der Nationalbank zugeflossen sind, vollumfänglich an den AHV-Fonds weitergeleitet.

Von Bedeutung bei der Beurteilung der Mehreinnahmen gegenüber dem Budget ist ferner der Umstand, dass ein Drittel dieser Mehreinnahmen (0,2 Mrd) auf sogenannte Durchlaufposten oder Darlehensrückzahlungen entfielen. Bei den Durchlaufposten handelt es sich um Einnahmen, die in gleichem Umfang weitergegeben oder zurückerstattet werden, wie die Spielbankenabgabe, der Ertrag aus der Schwerverkehrsabgabe oder aus der VOC-Abgabe. Auch Darlehensrückzahlungen sind keine Einnahmen, aus denen sich auf Dauer Ausgaben finanzieren lassen.



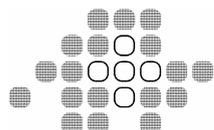
Die Zusammenstellung der Einnahmen ergibt im Einzelnen das folgende Bild:

	R 2004	V 2005	R 2005	Differenz zu	
	Mio Fr			V	R 2004
				2005	2004
				Mio Fr	%
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>48 629</b>	<b>50 748</b>	<b>51 282</b>	<b>+534</b>	<b>+5,5</b>
davon					
Mehrwertsteuer	17 666	18 105	<b>18 119</b>	+ 14	+ 2,6
Direkte Bundessteuer	11 822	12 386	<b>12 213</b>	- 173	+ 3,3
Verrechnungssteuer	2 628	3 015	<b>4 000</b>	+ 985	+ 52,2
Stempelabgaben	2 755	3 300	<b>2 703</b>	- 597	- 1,9
Mineralölsteuer	4 905	4 980	<b>4 954</b>	- 26	+ 1,0
Tabaksteuer	2 040	2 158	<b>2 051</b>	- 107	+ 0,5
Verkehrsabgaben	993	1 478	<b>1 537</b>	+ 59	+ 54,8
Einfuhrzölle	1 054	1 005	<b>974</b>	- 31	- 7,6
Regalien/Konzessionen	1 237	1 317	<b>1 307</b>	- 10	+ 5,7
Vermögenserträge	890	866	<b>959</b>	+ 93	+ 7,8
Entgelte	1 324	1 052	<b>1 217</b>	+ 165	- 8,1
Investitionseinnahmen	422	205	<b>280</b>	+ 75	- 33,6

### Zur Ausgabenentwicklung

Im Vorjahresvergleich nahmen die Gesamtausgaben um 2,2 Prozent zu. Im Vergleich dazu betrug das nominelle Wirtschaftswachstum 2,8 Prozent. Die Staatsquote des Bundes bildete sich entsprechend von 11,3 auf 11,2 Prozent zurück. Ein beträchtlicher Anteil des Ausgabenwachstums 2005 ist auf die Erhöhung der LSVÄ (rund 500 Mio) zurückzuführen. Die Mittel der LSVÄ werden an den FinöV-Fonds und die Kantone weiter geleitet und schlagen sich in einer entsprechenden Erhöhung der Ausgaben nieder. Ohne diesen Durchlaufposten reduziert sich das Ausgabenwachstum auf 1,2 Prozent, was deutlich unter dem Wirtschaftswachstum liegt.

Auch in der Fünfjahresperiode 2000-2005 liegt die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Ausgaben mit 1,8 Prozent unter dem durchschnittlichen nominellen Wirtschaftswachstum von 2 Prozent; sie entspricht aber immer noch einem jährlichen realen Zuwachs von rund 1 Prozent.

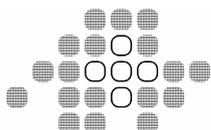


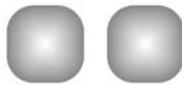
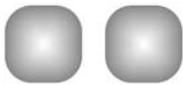
Die Ausgabenentwicklung 2000-2005 spiegelt eine ausgeprägte Prioritätensetzung. Neben den Anteilen Dritter an Bundeseinnahmen wachsen die drei grossen Aufgabengebiete Soziale Wohlfahrt (27,5 % der Gesamtausgaben; + 2,9 %), Verkehr (15,2 % der Gesamtausgaben; +3,3 %) und Bildung (7,6 % der Gesamtausgaben; +3,8 %) überdurchschnittlich. Daneben verzeichnen nur noch die Beziehungen zum Ausland ein reales Wachstum. Demgegenüber stagniert die Landwirtschaft nominell und die Landesverteidigung weist einen nominellen Rückgang auf.

Ausgaben nach Aufgabengebieten und ausgewählten Sachgruppen	Zunahme in % im Vergleich zum VJ 2004/2005	Ø jährliche Zunahme in % 2000 - 2005	Anteil an den Gesamtausgaben 2005 in %
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>+ 2,2</b>	<b>+ 1,8</b>	<b>100</b>
Soziale Wohlfahrt	+ 2,4	+ 2,9	27,5
Verkehr	+ 5,0	+ 3,3	15,2
Landesverteidigung	- 1,4	- 1,8	8,9
Bildung / Grundlagenforschung	+ 0,6*	+3,8*	7,6
Landwirtschaft	- 3,4	+0,2	7,3
Beziehungen zum Ausland	+ 1,1	+1,6	4,8
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	+ 7,9	+2,6	12,7
Zinsen	+ 12,8	+0,5	7,0
Personal	- 2,0	+1,5	8,4

\* unter Berücksichtigung der Reserveauflösung beim Schweizerischen Nationalfonds (Umsetzung einer Massnahme aus dem Entlastungsprogramm 04): +1,8 bzw. +4,0 %

Die im Vorjahr eingeleitete Trendwende zu tieferen Personalbeständen konnte im Rechnungsjahr 2005 fortgesetzt werden. So hat der Bund im letzten Jahr insgesamt 2,5 Prozent weniger Personal als im Vorjahr beschäftigt, was auf Vollzeit umgerechnet 865 Stellen entspricht. Per Ende 2005 beschäftigte der Bund auf Vollzeitbasis 33 290 Personen. Der rückläufige Trend wird sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Die Departementsreform VBS, die Entlastungsprogramme 2003 und 2004 sowie die Aufgabenverzichtspläne der Verwaltung führen bis 2010 zu einem Abbau von insgesamt rund 4'000 Stellen. Dies entspricht einem Rückgang des Personalbestands von rund 13% gegenüber dem Bestand von Ende 2003. Der Bundesrat ist gewillt, dies möglichst sozialverträglich zu tun.





**Auskunft:**

Peter Saurer, stv. Direktor Eidg. Finanzverwaltung, Tel. (031) 322 60 09  
Andreas Pfammatter, Sektionsleiter Finanzplanung/Budget, Tel. (031)  
322 60 54

**Weiterführende Informationen** zu aktuellen Medienmitteilungen  
finden Sie auf unserer Website: **[www.efd.admin.ch](http://www.efd.admin.ch)**.

